Der Kampf der Kirche in Deutschland um die Trennung vom Staate

Autor(en): **Hartwig, Theodor**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Freidenker [1927-1952]**

Band (Jahr): **17 (1934)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-408424

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

fessionellen und politischen Frieden verderbliche Jesuitenorden sei aus dem Gebiete der Schweiz auszuweisen. Der Antrag drang aber vor der Tagsatzung vorläufig nicht durch. Im Gegenteil, jetzt schien es den Drahtziehern um die Nuntiatur in Luzern gegeben, die Jesuiten in die Stadt zu berufen und ihnen das Schulwesen auszuliefern. Diese Provokation rief den Freischarenzügen und dem Sonderbunde der katholischen Kantone. Im Jahr 1845 nahm die Tagsatzung den Jesuitenartikel an. Die Sonderbundskantone rüsteten zum Kriege, wurden aber von den Bundestruppen, unter General Dufour, geschlagen.

Der Kulturkampf fand aber mit diesem Ereignis keinen definitiven Abschluss. Er zieht sich weiterhin und erreicht noch einmal einen Höhepunkt anlässlich der Unfehlbarkeit des Papstes. Dieses Ereignis führte zur sogenannten Los-von-Rom-Politik und zur Bildung der christkatholischen Kirche. Die Vertreter dieser Richtung versuchten, analog den Straussenfreunden eine Art katholischer Staatskirche zu schaffen, unter Ausschaltung der römischen Machtsphäre. Freuen wir uns, dass dieser Plan scheiterte. Staat und Kirche wären neuerdings verkettet worden, wo doch nur *ein* vernünftiger Weg offen steht: Die Trennung von Staat und Kirche. — —

Für Gegenwart und Zukunft wäre etwa Folgendes zu sagen: Eine neue kirchlich-reaktionäre Welle durchzieht unser Land und hat bereits Anschluss gefunden an eine radikalreaktionäre politische Parallelbewegung. Katholische Kreise propagieren die bornierte Idee, man müsse zurückkrebsen in die Zeit vor 1798. Die ganze liberale Staatsauffassung, samt ihrem Kinde Marxismus, sei ein Trugschluss, das Heil sei nur im faschistischen Korporationenstaat zu finden. Der Kampf zwischen Staat und Kirche wäre somit vergebens gekämpft worden und der Katholizismus dokumentiert damit wieder einmal mehr seine Staatsgefährlichkeit. Natürlich muss diese Bewegung später eine neue Kulturkampfperiode nach sich ziehen, das trägt sie im Keime in sich. Dann wird es aber ums Ganze gehen!!! Wenn dann ein paar Weihwasserkessel ausgeschüttet werden oder eintrocknen, so wolle man nicht wieder den bösen Freidenkern die Schuld in die Schuhe schieben. Wir aber wollen dann besorgt sein, die freien Menschenrechte human, aber konsequent, wieder zum Siege zu führen.

Aus diesem kurzen Abriss der wechselseitigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche lassen sich folgende Leitsätze aufstellen:

Der Staat tut gut, wenn er sich die Kirche möglichst vom Leibe hält, also Trennung von Kirche und Staat.

Es soll ihm aber die Mööglichkeit gegeben sein, gegen die Kirche einschreiten zu können, wenn sie eine staats- und kulturfeindliche Politik betreibt.

Wenn sich der Staat mit der Kirche freundschaftlich einlässt, zieht er stets den Kürzeren.

Eine saubere und endgültige Lööosung wird sich nur auf freigeistiger Basis finden lassen. *(Forts. folgt.)*

Der Kampf der Kirche in Deutschland um die Trennung vom Staate.

Die Formel von der Bundesgenossenschaft von Klerikalismus und Faschismus ist etwas zu einfach. Gewiss, die Kirche kann heute ihren Machtbereich nur aufrecht erhalten, wenn sie ihren organisatorischen Apparat den staatlichen Bedürfnissen anpasst, um ihrerseits den Schutz der staatlichen Gewalt zu geniessen. Aber diese Anpassung findet eine natürliche Grenze an den inneren Bedürfnissen der Kirche. Es gibt nämlich, trotz allen rationalistischen Einflüssen der Gegenwart, doch einen Stock von Gläubigen, für die noch immer der religiöse Gemeinschaftsgedanke lebendig ist.

Es mag 90 % Mitläufer geben, Halb- und Viertelgläubige, die sich recht wenig um rituelle Vorschriften kümmern und gottesdienstliche Handlungen über sich ergehen lassen wie irgend eine Feierlichkeit, zu der man sich traditionell verpflichtet fühlt. Aber die restierende Kerntruppe der Kirchenangehörigen ist um so heftiger bemüht, die Ueberlieferung zu wahren und vor Profanation zu schützen.

Jeder andere Gemeinschaftsgedanke bedroht das kirchliche Gefüge, der sozialistische ebenso wie der faschistische, und in diesem Sinne ist auch das erste göttliche Gebot der Bibel zu verstehen: «Ihr sollt keine anderen Götter haben neben mir!» Dieser Satz mag einmal nur gegen die Götzendienerei gerichtet gewesen sein, darüber hinaus beinhaltet er die Diktatur Gottes, neben der es keine andere Diktatur geben darf. Alle Autorität auf Erden, also auch die staatliche, wird — nach religiöser Auffassung — von Gott verliehen, und die Kirche schöpft daraus auch die Berechtigung, sich jeder Staatsform zu unterwerfen, deren Existenz Gott in seinem unerforschlichen Ratschluss zugelassen hat.

Da jedoch umgekehrt die Staatsmänner ihre Mission diesseitig auffassen und die Kirche nur als eine für ihre Zwecke recht brauchbare Organisation betrachten, so müssen sich hier Widersprüche ergeben, die zu überbrücken Sinn und Aufgabe der sogenannten Konkordate ist. Bekanntlich funktionieren auch diese Abmachungen nicht klaglos, aber es werden doch im allgemeinen die schlimmsten Härten für die Kirche vermieden, die sich ergeben haben, seitdem der bürgerliche Staat sich als rein weltliche Institution von der Vormundschaft der Kirche befreit hat.

---

wird hier im Gegenteil mehr kurzköpfig, so dass die einen wie auch die andern in diesem Lande beginnen, sich dem gleichartigen Typus zu nähern. Die Resultate sind so klar, dass, wenn wir früher Grund hatten, die Beständigkeit der Menschentypen anzuerkennen, jetzt alles zugunsten ihrer Veränderlichkeit spricht.

So wurde von Boas das Hauptargument der «Rassentheorie» entkrönt, das «allmächtige Kopfmerkmal», das «unveränderliche Rassenmerkmal», die «Triebfeder der Geschichte», das Mass der «intellektuellen Begabung», die «Ursache der sozialen Ungleichheit» usw. ihrer Daseinsrechte enthoben.

Trotz diesen unabwendbaren Tatsachen, trotz den vielen unableugbaren Beweisen, die wir Gegner dieser Bewegung in den Händen haben, finden deusche Stänker es nicht unter ihrer «Würde», das Volk im «heiligen römischen Reich teuscher Nation» mit ihren «Rassentheorien und Problemen» zu begeifern. So veröffentlichte eine Berner Zeitung kürzlich folgenden Bericht:

«Das deutsche Volk soll durch Rassenzüchtung und nationalsozialistische Erziehung so umgeformt werden, dass es ein willenloses Werkzeug in der Hand der Nazidiktatoren ist, mit dem sie ihre Ansprüche auf die deutsche Vormachtstellung, auf die deutsche Weltbeherrschung durchführen können. Worum es sich dabei handelt, das geht wieder einmal eindeutig aus den auf Grund der Anweisungen des Reichsinnenministers Frick erlassenen Richtlinien für den Geschichtsunterricht in den preussischen Schulen und aus dem Leitartikel in Nr. 229 des «Völkischen Beobachters» hervor, der diese Richtlinien kommentiert.

Danach erscheinen die nordische Rasse, erscheinen die Germanen und insbesondere die Deutschen von den Urzeiten bis heute als die einzigen wirklichen Kulturschöpfer. Die griechische und römische Kultur war nach dieser Geschichtsklitterung das Werk der nordischen Rasse. Die verdammte, alles zerstörende Demokratie hat durch ihre Gleichmacherei die griechische Kultur vernichtet. Die Klassenkämpfe im alten Rom waren in Wirklichkeit Rassenkämpfe zwischen den nordischen Patriziern und den rassisch minderwertigen Plebejern, bei denen es sich vor allem um die Frage der Rassenreinheit der Herrenkaste, um das Verbot der Eheschliessung handelte. Nur wo germanische Stämme sich in der Völkerwanderung dauernd festsetzten, kam es im Mittelalter zu neuer hoher Kulturblüte. (Ob wohl die Germanen auch so grössenwahnsinnig waren??? W. S.)

Bei diesem tollen Unsinn erscheint als das Wesentliche in der ganzen geschichtlichen Entwicklung Eroberung und Herrschaftsausübung. Das nennen die Nazis politische Geschichte, der gegenüber die wirtschaftliche Entwicklung und Kulturgeschichte zurücktreten. «Eine Geschichtsbetrachtung», so heisst es in dem Leitartikel des «Völkischen Beobachters», «die Kultur als Schöpfung der Rasse ansieht, die unserm Volke artgemäss die heldische Weltanschauung erkennt, kann natürlich niemals die wirtschaftlichen Begebenheiten und Entwicklungen als herrschend in den Vordergrund stellen. Daraus ergibt sich folgerichtig der Vorrang der politischen Geschichte vor allem Kulturgeschichtlichen.» *(Schluss folgt.)*

Ein Buch?

Die Literaturstelle der F. V. S. Gutenbergstrasse 13, Bern, besorgt es Ihnen.

Die Trennung von Kirche und Staat wurde von kirchlicher Seite allerdings stets so eingeschätzt, dass die Kirche sich wohl frei vom staatlichen Einfluss zu halten, hingegen ihren eigenen Einfluss im Staate möglichst zur Geltung zu bringen habe. Wenn schon nicht anders, so durch Gründung politischer Hilfsorganisationen, im Sinne des bekannten Wortes eines kirchlichen Würdenträgers: «Wir verlangen von euch Neutralität auf Grund eurer Prinzipien und wir verweigern euch die Neutralität auf Grund unserer Prinzipien.»

Dieser Satz hat aber im faschistischen Totalitätsstaat seinen Sinn verloren, denn dieser Staat anerkennt nicht mehr das Prinzip der Neutralität. Er repräsentiert vielmehr auch eine Art Kirche, mit mystischen Symbolen und starren Dogmen, deren Wirksamkeit auf einer bestimmten Form nationaler Gläubigkeit beruht. Da sind denn Reibungsflächen zwischen Religionsgemeinschaft und Staatsautorität unvermeidlich, da beide Institutionen mit dem Anspruch auf Ausschliesslichkeit auftreten.

In Italien hat sich der Kampf zwischen Kirche und Staat hauptsächlich auf dem Gebiete der Jugenderziehung abgespielt. In Deutschland aber, wo auf Grund einer Rassentheorie tief in das Privatleben einschneidende Massnahmen getroffen wurden, die neuerdings durch die bekannten Sterilisierungsverordnungen noch verschärft werden, ist die Kirche genötigt, ihre Grundprinzipien zu verteidigen. In einer Predigt über «Christentum und Judentum» nahm kürzlich Kardinal *Faulhaber* scharf Stellung gegen die völkische Ideologie: «Nicht Blut, sondern Glaubensbeziehungen bilden die Grundlagen der Religion.»

Gegen die Theorie von der germanischen Blutsgemeinschaft hat sich übrigens schon *Nietzsche* — obwohl in seiner Jugend selbst rassengläubig — gewendet: «Wieviel Verlogenheit gehört dazu, um im heutigen Mischmascheuropa Rassenfragen aufzuwerfen.» Und der Kardinal hat schon recht, wenn er gegenüber nationalistischer Befangenheit den internationalen Grundgedanken des Christentums — «Gehet hin und lehret alle Völker» — betont. Christen mögen einander im Krieg gegenseitig umbringen; deshalb dürfen sie aber doch nicht aufhören, zu einem und demselben Gott zu beten. Und dieser ist nun einmal der Gott des alten Testaments; da ist nichts zu holen und alle Versuche, Christus «durch seine Mutter, obwohl sie aus dem Hause Davids stammt, zum Arier umzufälschen» — wie Kardinal Faulhaber in seiner Predigt sagte — müssen fehlschlagen.

Aber in noch grössere Bedrängnis ist der Protestantismus in Deutschland geraten. Nach der allgemeinen «Gleichschaltung» hatte dort die Glaubensbewegung der «Deutschen Christen» eingesetzt, die eine Art Reichskirche anstrebte. Der von den alten Kirchenbehörden gewählte Reichsbischof *Bodelschwingh* musste zurücktreten und dem Vertrauensmanne Hitlers, Wehrpfarrer *Müller*, Platz machen. Doch dieser äussere Sieg des politischen Regimes hatte nur eine Erstarkung der Opposition innerhalb der evangelischen Kirche zur Folge. Es wurde ein «Pfarrernotbund» gegründet, der sich vor allem gegen die Einmengung des Staates in kirchliche Angelegenheiten wendet.

Auch der bekannte protestantische Theologe von der Universität in Bonn, *Karl Barth*, aus dessen Schule tausende Pastoren in Deutschland hervorgegangen sind, hat in einer Schrift «Theologische Existenz heute» (München, Verlag Kaiser) — 30,000 Exemplare waren in wenigen Wochen verkauft! — gegen den neuen Kurs Stellung genommen:

«Die Kirche . . . glaubt weder an einen bestimmten Staat, also auch nicht an den deutschen, und sie glaubt an keine bestimmte, also auch nicht an die nationalsozialistische Staatsform. Sie verkündigt das Evangelium in allen Reichen dieser Welt. Sie verkündigt es auch im Dritten Reiche, aber nicht unter ihm und nicht in seinem Geiste.»

Dieser Kampf, den die Kirche um die Trennung vom Staate in Deutschland führt, beginnt sich übrigens auch in anderen Ländern auszuwirken, wo man — gewitzigt durch die Erfahrungen in Italien und Deutschland — rechtzeitig Vorsorge treffen will, um die Religionsgemeinschaften vor unliebsamen Eingriffen der Staatsgewalt zu schützen. Denn selbst gutgemeinte Massnahmen dieser Art sind nur geeignet, Abfallsbewegungen zu fördern.

In diesem Sinne ist der aufsehenerregende Beschluss der österreichischen Bischofskonferenz zu verstehen, der allen katholischen Geistlichen verbietet, sich «unter den gegenwärtig besonders heiklen politischen Verhältnissen als politische Mandatare» zu betätigen. Alle Geistlichen, die in Oesterreich ein politisches Mandat inne haben — und es sind deren, insbesondere auf dem flachen Lande, nicht wenige — wurden aufgefordert, ihre Mandate bis zum 15. Dezember zurückzulegen.

Die Kirche ringt um ihre Existenz. Einerseits bedarf sie der staatlichen Unterstützung, anderseits wird sie als Dienerin des Staates mitverantwortlich für ein System, gegen welches sich immer breitere Schichten der Bevölkerung empören. Die Bundesgenossenschaft des Faschismus belastet die Kirche so sehr, dass sie sich die Frage vorlegen muss, ob dieser Vorteil nicht denn doch zu teuer erkauft ist.

An der ganzen Sache haben wir Freidenker übrigens auch ein unmittelbares Interesse. In ihrem Kampfe gegen die Uebergriffe des Faschismus wird nämlich die Kirche scheinbar zum Anwalt der antifaschistischen Bewegung. Ein Teil der vom Faschismus geknebelten Menschheit beginnt Hoffnungen zu hegen, während doch die Kirche nur um ihren eigenen Bestand besorgt ist. Es sind letzte Illusionen, denen sich verzweifelnde Massen zuwenden, die an der Kampffähigkeit sozialistischer Organisationen irre geworden sind und nun ihre Hoffnungen noch einmal der Kirche als Künderin des christlichen Gedankens zuwenden.

Auch diese Illusionen müssen überwunden werden. Gewiss können sich auch religiöse Bewegungen unter bestimmten Verhältnissen revolutionär auswirken. Wenn es sich nämlich eigentlich um soziale Bewegungen handelt, die nur in religiösem Gewande auftreten. In dem vorliegenden Falle sind aber nur zwei verschiedene Herrschaftssysteme in Konflikt geraten. Die Kirche mag daher vorübergehend antifaschistische Kräfte um sich sammeln; ihr Kampf um die eigene Unabhängigkeit vom Staate kann sich jedoch als politischer Faktor auf die Dauer nur in reaktionärem Sinne auswirken. *Hartwig.*

Atheist und Weltbürger.

Von W. H. Sollberger, Bern.

Heute, wo die Menschheit im Begriffe ist, das Panier des Weltbürgertums blutig niederzureissen und im Schmutz und in der Gemeinheit nationalen Wahnsinns zu zerstampfen und zu zertreten, hat jeder Atheist, jeder freidenkende Mensch überhaupt, die moralische Pflicht, auf seinem Posten zu stehen und kämpfend die Fahne des Weltbürgertums zu verteidigen. Bleiben wir uns bewusst, dass wir in erster Linie *Menschen* sind, und dann erst Glieder einer Nation, ein Umstand, der absolut nicht besagen will, dass diese Erkenntnis eine hohe Verehrung für das Heimatland ausschliesse.

Der schöne Grundgedanke des Weltbürgertums, der schöne Gegensatz zur ganzen heutigen Geisteswelt, liegt darin, dass sich die Guten und die Edlen aller Nationen zu einem geistigen Bunde vereinen, dessen Glieder, ohne sich zu kennen, durch den Vorsatz verbunden sind, mit allen Kräften den Aufstieg der Menschheit, ohne Rücksicht auf Sprache, Farbe, «Rasse» und Volkstum, zu fördern und alles was ihn hemmen könnte, aus dem Wege zu räumen. Eines solchen stillen Weltbundes Glied zu sein, sei ethische Pflicht jedes Atheisten! Und wenn solche Kräfte in allen Ländern der Erde am Werke sind und zuerst mit der Behebung der eigenen Fehler und Untugenden beginnen, so müssen sie ohne Zweifel zur Befreiung der Menschheit mehr beitragen, als manche pomphaft auftretende und reklamehaft gepriesene Organisation.